

„Ein entsetzlicher Fehler“

Der Historiker Paul Kennedy über die Verstrickung der Weltmacht USA im Irak, ihr Verhältnis zur islamischen Welt und den Einfluss der neokonservativen Ideologen auf George W. Bush

Kennedy, 58, britischer Geschichtswissenschaftler, ist Direktor für Internationale Sicherheitsstudien an der amerikanischen Universität Yale. Er wurde bekannt durch den Weltbestseller „Aufstieg und Fall der großen Mächte“.

SPIEGEL: Professor Kennedy, in den USA hat ein Wahljahr begonnen. Für die Herausforderer von George W. Bush und den Präsidenten selbst wird der Irak ein heikles Wahlkampfthema werden, fast jeden Tag gibt es neue Anschläge. Was tobt derzeit dort – ein Krieg, ein Mittelding zwischen Krieg und Frieden, ein Guerillakampf?

Kennedy: Es sieht nach einer sehr langen Phase asymmetrischer Kriegführung aus – gegen eine Vielzahl von Feinden: Mitglieder der Baath-Partei, Saddam-Loyalisten, einige internationale Mudschahidin, religiöse Fanatiker, die die amerikanische Präsenz im Land für inakzeptabel halten. Washington hat im Irak einen entsetzlichen Fehler begangen. Die Berater des Präsidenten haben sich militärisch wie auch politisch geirrt, und jetzt zahlen wir einen hohen Preis dafür.

SPIEGEL: Hat der Kampf gegen den Terrorismus die Zahl der Terroristen vermehrt?



HOLGER KEIFEL

Geschichtsforscher Kennedy

„Die Regierung hört, was sie hören will“

Kennedy: Ohne Zweifel, vor allem in der jüngeren Generation. Zu den verstörendsten Bildern aus dem Irak gehören für mich die von den 80 oder 90 Jugendlichen, die auf dem Dach der abgeschossenen Hubschrauber oder ausgebrannten Humvees herumspringen und jubeln. Für das Projekt von Demokratie und Toleranz haben wir eine ganze Generation verloren.

SPIEGEL: Doch genau dafür hat Bush den Krieg angeblich geführt.

Kennedy: Wir sollten dem Irak keine Demokratie nach westlichem Vorbild aufzwingen. In mancher Beziehung ist die Regierung Bush eben doch die ideologischste Regierung Amerikas seit vielen Jahren. Selbst Ronald Reagan, der wie ein Ideologeklang, war tatsächlich ungeheuer pragmatisch, mit Außenminister George Shultz an seiner Seite. Die Regierung Bush dagegen wähnt sich wirklich auf einem Kreuzzug. So beging sie die größte Sünde, die in der Staatskunst möglich ist: Sie hört nur, was sie hören will.

SPIEGEL: Und sieht, was sie sehen will, selbst wenn Massenvernichtungswaffen bislang nicht gefunden wurden.

Kennedy: Jedenfalls kann sich die US-Regierung nicht auf einen Mangel an Geheimdienstinformationen herausreden. Sämtliche verfügbaren Fakten haben Wolfowitz und Rumsfeld, Cheney und Bush ja vorgelegen – sie wollten sie aber nicht zur Kenntnis nehmen.

SPIEGEL: Es stimmt also, dass neokonservative Ideologen diese Regierung gekidnappt haben, wie US-Kritiker vermuten?

Kennedy: Mein Freund, der Historiker Volker Berghahn, hat einmal die deutsche Geisteshaltung vor 1914 als eine Art Autismus beschrieben, als Unfähigkeit, sich selbst aus der Distanz zu betrachten. Das sehe ich zurzeit auch hier in Amerika.

Den Irak-Krieg lediglich als Krieg ums Öl zu beschreiben scheint mir eine zweitrangige Erklärung zu sein. Ich denke noch nicht einmal, dass der Krieg aus innenpolitischen Motiven geführt wird. Ich fürchte, er hat mit einer bestimmten Geisteshaltung zu tun. Solange ich keine gegenteiligen Beweise sehe, glaube ich, dass diese Regierung wirklich angetrieben wurde von ihrer Vision für Amerikas Rolle in der Welt, von einer Art Sendung. Da sind



FOUR CORNERS MEDIA / SIPA PRESS

Anschlag auf das Restaurant Nabil in Bagdad (am 31. Dezember): „Für Demokratie und Toleranz haben wir eine ganze Generation verloren“

nicht Zyniker am Werk. Sie meinen, was sie sagen.

SPIEGEL: Die Mission besteht darin, Amerikas überragender Macht Geltung und Wirkung zu verschaffen, ein amerikanisches Imperium zu errichten. Was zeichnet in der jetzigen Weltlage eigentlich ein Imperium aus?

Kennedy: Nach der traditionellen Definition übernahmen die Briten etwa die Herrschaft in Bombay, installierten einen regierenden General, verfügten über koloniale Truppen und lokale Kollaborateure und kontrollierten die Außenbeziehungen. Nun, diese Idee vom Empire ist für kompliziertere Verhältnisse zu schlicht. Denn wenn Sie zum Beispiel Buenos Aires um 1900 besucht hätten, dann hätten Sie sich auch im britischen Imperium geglaubt: Der Schienenverkehr gebaut von schottischen Ingenieuren, Schiffverbindungen nach Liverpool und Southampton, die Investitionen kamen alle aus London, die Architektur war europäisch, die Exportprodukte Fleisch und Lebensmittel wurden nach England ausgeführt.

SPIEGEL: Also eine Art informelles Empire?

Kennedy: Genau. Und wenn Sie sich heutzutage jene Länder anschauen, in denen der amerikanische Einfluss so enorm ist – Südkorea, die Philippinen bis nach Afghanistan, die Golfstaaten –, nun, das sieht aus wie ein Imperium, handelt wie ein Imperium, läuft wie ein Imperium, und es quakt wie ein Imperium – wahrscheinlich ist es ein Imperium.

SPIEGEL: Doch von jeher gab es Zweifel daran, dass die USA auch wie ein Imperium handeln können, weil seine Bürger nicht bereit sind, den Preis dafür zu zahlen.

Kennedy: Ich denke, die Amerikaner können den Preis bezahlen und sind bereit dazu, wenn sie von der Sache überzeugt sind oder zumindest glauben, dass sie es wert ist. Der Unwille, der zurzeit deutlich wird, ist nicht eine Frage der Kosten – auch wenn jüngst wieder 43 000 Reservisten und Nationalgardisten in den Irak entsandt wurden.

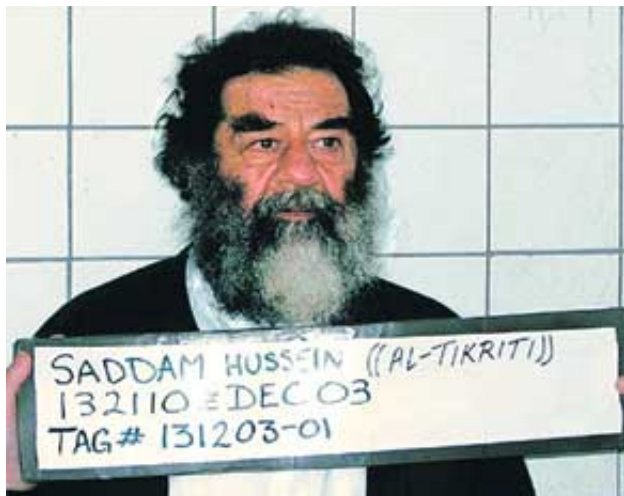
SPIEGEL: Hat der Unwille damit zu tun, dass die amerikanischen Streitkräfte sich vorwiegend aus der Unterschicht rekrutieren?

Kennedy: Heutzutage ist es nicht mehr die Elite, die dient. Nur ein einziger Senator hat einen Sohn beim Militär. Im Zweiten Weltkrieg hingegen konnte Churchill seinen Sohn nicht davon abhalten, auf dem Balkan zu kämpfen. Roosevelt hat verzweifelt versucht, seinen Sohn zurückzuhalten, aber der fand, er habe die Pflicht, in den Krieg zu ziehen. Doch wo sind denn heute die Kinder jener Administration, die diesen Feldzug vorangetrieben hat?

SPIEGEL: Was fällt momentan schwerer ins Gewicht – die militärische Konfrontation



US-Feind Bin Laden
„Starke Kräfte der Wut“



US-Feind Saddam*: „Bescheidene Bedrohung“

mit der Guerilla im Irak oder die Schwierigkeiten, den Krieg zu legitimieren?

Kennedy: Bisher ist die militärische Bedrohung bescheiden. Gewiss, mitunter Tutzende Soldaten in einer Woche zu verlieren ist eine traurige und schlechte Nachricht. Aber Henry Kissinger sprach hier in Yale unlängst über die Bombardierung Kambodschas und die Tet-Offensive der Vietcong damals im Vietnam-Krieg. Er sagte, dass die Entscheidung zur Ausweitung des Krieges in einer Zeit fiel, als 500 Amerikaner pro Woche bei Angriffen der Vietcong, die über die kambodschanische Grenze kamen, gestorben sind.

Was mich im Irak momentan mehr beunruhigt, ist der Rückzug des Roten Kreuzes, der Vereinten Nationen oder der Weltbank. Die ganze Logik der Regierung Bush bestand ja darin, das Monster zu verjagen

oder zu fangen und danach vieles den Vereinten Nationen, Unicef und dem World Food Programme zu überlassen. Nun passiert das Gegenteil, Saddam ist gefasst, das Militär bleibt, und die zivilen Hilfsorganisationen halten sich zurück, weil sie sich das Risiko nicht leisten können.

SPIEGEL: Sie blicken also pessimistisch auf die Zukunft des Irak?

Kennedy: Ich bin pessimistisch, denn was im Irak passiert, wirkt sich auf die gesamte Region aus. Wir haben ein substanzielles und langfristiges Problem in unseren Beziehungen mit der arabischen Welt. Ich sehe auch keine politische Lösung an der palästinensisch-israelischen Front. Der israelische Premier Scharon macht mit seiner Härte alles noch viel schlimmer. Die Kräfte von Wut und Frustration sind zu stark. Amerika hat das nicht angestiftet. Unruhe und Zorn waren schon in der gesamten islamischen Welt verbreitet, von Algerien bis Indonesien. Aber Amerika hat es befördert und die Lage dadurch weiter verschlimmert. Was den Nahen Osten angeht, bin ich wirklich hoffnungslos.

SPIEGEL: Sehen Sie, ein Brite in Amerika, etwa auch die Zukunft Amerikas in trübem Licht?

Kennedy: Nein, da bin ich eindeutig zuversichtlich. Amerika hat ungeheure intellektuelle und zivile Ressourcen. Auch demografisch sind die USA weitaus besser aufgestellt als die meisten europäischen Länder, die ja in eine finstere Zukunft blicken. Zudem hat die geografische Weite der USA eine eigentümlich psychologische Wirkung: Sie schürt die Vorstellung, dass sich die Menschen und das Land ständig erneuern und neu erfinden können.

Die Regierenden in Washington mögen irren, die Generäle Fehler in Bagdad begehen, es wird von Zeit zu Zeit vielleicht einen Anthrax-

Anschlag oder einen terroristischen Überfall geben – aber man muss sich schon ein sehr drastisches Szenario ausmalen, damit ein so großes Land mit fast 10 Millionen Quadratkilometern und 288 Millionen Menschen wirklich hart getroffen werden kann.

SPIEGEL: Das klingt, als glaubten Sie, die USA blieben auf unbestimmte Zeit die Weltmacht schlechthin.

Kennedy: Nein, ich glaube, dass die USA ihre Vormachtstellung schon in 50 Jahren an China verlieren können. Es gibt glaubwürdige Prognosen, dass bei stetigen Wachstumsraten China dann die größte Wirtschaftsmacht weltweit sein wird. Die USA rücken an die zweite Stelle, gefolgt von Indien. Aber das wäre ja keine Katastrophe für die Amerikaner, solange sie ihr Territorium, ihre Ressourcen und ihr Pro-Kopf-Einkommen stabil halten können.

SPIEGEL: Professor Kennedy, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Nach seiner Gefangennahme am 13. Dezember 2003.